

## Pressemitteilung

11. Oktober 2013

### Arbeitgeber und Hochschulen fordern bessere Grundfinanzierung der Hochschulen im Land

Stuttgart – Zum Auftakt der Verhandlungen zum Solidarpakt III für die Hochschulen bekennen sich Wirtschaft und Hochschulen zum Standort Baden-Württemberg. In einer gemeinsamen Erklärung wenden sich Arbeitgeber und Hochschulen an die Landesregierung: „Um Fachkräftesicherung und Innovation im Land zu stärken, benötigen wir eine bessere finanzielle Ausstattung der Hochschulen im Land und strukturelle Änderungen in der Finanzierung“, sagte Professor Dieter **Hundt**, Präsident der Arbeitgeber Baden-Württemberg, zur Vorstellung des Papiers.

Die Erklärung stellt konkrete Forderungen zur Struktur der Hochschulfinanzierung auf. „Am Beispiel der Hochschulfinanzierung kann die Landesregierung beweisen, wie ernst es ihr mit der so oft betonten Nachhaltigkeit ist“, so Hundt weiter. Hochschulen ließen sich nicht alleine durch zeitlich befristete Programmmittel finanzieren, die zum Teil bis zu 50 Prozent der Gesamtbudgets ausmachten.

Der Vorsitzende der Rektorenkonferenz der Universitäten, der Ulmer Präsident Professor Karl-Joachim **Ebeling** ergänzte: „Die Infrastruktur der Universitäten hat die Grenze der Belastbarkeit erreicht, sowohl hinsichtlich der Auslastung der Studienplätze als auch bei der Forschung. Gegenwärtig werben wir rund eine Milliarde Euro Forschungsmittel ein und schaffen hieraus 10.000 hochqualifizierte Arbeitsplätze. Ohne eine finanzielle Verbesserung der Grundausrüstung wird dieses Leistungsniveau künftig nicht mehr zu halten sein.“

Professor Bastian **Kaiser**, Vorsitzender der Rektorenkonferenz der Hochschulen für Angewandte Wissenschaften sagte dazu: „Die Hochschulen für Angewandte Wissenschaften sind überproportional stark von den befristeten Ausbaumitteln abhängig. Im neuen Solidarpakt ist eine gesicherte Verstetigung dieser Mittel unabdingbar, um für die Hochschulen Planungssicherheit zu schaffen. Ohne diese Sicherheit sind die gewachsenen Aufgaben der Hochschulen, in Zeiten eines Studierenden-Booms, nicht mehr zu stemmen.“

Auch der Präsident der Dualen Hochschule Baden-Württemberg (DHBW), Professor Reinhold **Geilsdörfer** machte deutlich: „Ein massiver Aufwuchs an Studierendenzahlen, verbunden mit einer weiterhin starken Präsenz in der Fläche, braucht eine deutlich verbesserte Grundfinanzierung.“

Arbeitgeber und Hochschulen fordern darüber hinaus mehr Flexibilität der Bildung von Rücklagen und Rückstellungen – diese sei dringend notwendig, um die Investitionsplanung weiter zu professionalisieren.

Kontakt:

Arbeitgeber Baden-Württemberg  
Volker Steinmaier  
Tel.: 0711 7682-128  
E-Mail: [steinmaier@agv-bw.de](mailto:steinmaier@agv-bw.de)

DHBW  
Diana Allen-Blind  
Tel.: 0711 320660-63  
E-Mail: [allen-blind@dhbw.de](mailto:allen-blind@dhbw.de)

HAW  
Benjamin Peschke  
Tel.: 0731 50 28020  
E-Mail: [peschke@hs-ulm.de](mailto:peschke@hs-ulm.de)

LandesrektorenKonferenz der Universitäten  
Katharina Kadel  
Tel.: 0711 120 933 61  
E-Mail: [kadel@lrk-bw.de](mailto:kadel@lrk-bw.de)